

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Einführung in Staatskunde und Politik an den Schulen der Sekundarstufe II
2017/326

vom 26. Januar 2018

1. Ausgangslage

Ausgangslage dieses Berichts ist das Postulat (2013-028) «Einführung in «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II» von Martin Rüegg vom 24. Januar 2013, das vom Landrat am 10. April 2014 überwiesen wurde.

Am 10. Februar 2015 unterbreitete der Regierungsrat dem Landrat den ersten Bericht zum Postulat 2013-028 ([LRV 2015-074](#)). Die vorberatende Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat am 7. Oktober 2015 beschlossen, das Postulat mangels Details nicht abzuschreiben ([Kommissionsbericht](#)). Diesem Beschluss ist der Landrat am [5. November 2015](#) gefolgt:

- 1. Das Postulat 2013/028 wird nicht abgeschrieben.*
- 2. Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.*

Der Regierungsrat hat am 5. September 2017 einen Zusatzbericht zum Postulat 2013/028 veröffentlicht. Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass der politischen Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II ein hoher Stellenwert gebührt. Ein weiteres Fach, das mit wenigen Stunden dotiert ist, ist aus pädagogischer Sicht aber abzulehnen. Die Stundentafel darf nicht noch stärker aufgesplittert werden. Die Kantonsfinanzen lassen die Einführung eines neuen zusätzlichen Schulfachs ebenfalls nicht zu. Die kostenneutrale Möglichkeit, Abstriche bei anderen Fächern zu machen, ist nicht umsetzbar. Im Fokus würden Deutsch und Mathematik stehen, die Lektionen abgeben müssten. In der Maturitätsabteilung der Gymnasien müsste wohl zudem das Schwerpunktfach Lektionen abgeben. Alle anderen Fächer haben eine Dotation, bei der keine Abstriche möglich sind, weil entweder die Stundendotation bereits nur zwei Lektionen beträgt oder in den Fremdsprachen mit drei Lektionen bereits an der Untergrenze ist. Gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik sollten aber nach den Erkenntnissen aus EVAMAR II keine Stunden gestrichen werden. Die Lösung muss deshalb innerhalb der bestehenden bzw. beschlossenen Stundentafeln gesucht werden.

Auch wenn der Handlungsbedarf im Bereich der politischen Bildung unumstritten ist, so bleibt hingegen weniger klar, welches die Themen und Ziele der politischen Bildung sind. Die Schulleitungskonferenz der basellandschaftlichen Gymnasien hat sich dieser Frage angenommen und sie anlässlich einer zweitägigen Weiterbildung diskutiert, u.a. gemeinsam mit Prof. Beatrice Ziegler, Leiterin des Zentrums Politische Bildung und Geschichtsdidaktik in Aarau. Gemäss Ziegler sollte politische Bildung zum Ziel haben, die SchülerInnen zur informierten Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu befähigen und damit zur Entwicklung der Mündigkeit beizutragen. Damit wird deutlich, dass die klassische Staatskunde mit ihrer reinen Institutionslehre nicht ausreichend ist. Politische Bildung umfasst zwar Kenntnisse, erfordert aber auch Bewusstseinschärfung sowie Kompetenzen, die nicht ausschliesslich unter dem Stichwort politische Bildung zusammengefasst werden können.

Die Strategie der Maturitätsabteilungen und FMS der Gymnasien sieht vor, die politische Bildung auf drei Ebenen stärken:

- Anlässe und Kurse ausserhalb der Klasse (z.B. politische Podiumsveranstaltungen, Diskussionsforen mit Vertretungen politischer Parteien) sollen intensiviert werden.
- Den Lehrplänen bzgl. politischer Bildung bzw. deren Verbindlichkeit soll verstärkt Beachtung geschenkt werden.
- Mit Hilfe neuer Gefässe soll zusätzlicher Raum für politische Bildung geschaffen werden.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass mit den oben beschriebenen Massnahmen, der Stärkung der Verbindlichkeiten innerhalb der bestehenden Lehrpläne sowie dem zusätzlichen Raum für neue Unterrichtsgefässe die politische Bildung an den Gymnasien (Maturitätsabteilung und FMS) bewusst und zielorientiert gefördert wird. Zudem werden die Gymnasien per August 2019 neue Lehrpläne für die Maturitätsabteilungen formulieren. Darin werden sie die Lerninhalte zur politischen Bildung expliziter resp. konkreter formulieren.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an der Sitzung vom 9. November 2017 in Anwesenheit von Regierungsrätin Monica Gschwind, Severin Fallner, Generalsekretär BKSD, und Isidor Huber, Rektor des Regionalen Gymnasiums Laufental-Thierstein, beraten.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Vorweg betont die Verwaltung, dass der generelle Eindruck, dass an Gymnasien politische Bildung zu wenig systematisch vermittelt werde, nicht auf wissenschaftlichen Erhebungen basiere. Die Vermittlung politischer Bildung an Berufsschulen werde hingegen als angemessen wahrgenommen. Ein Kommissionsmitglied erzählt in diesem Zusammenhang, dass es oftmals von BerufsschülerInnen kontaktiert werde, die in Staatskunde unterrichtet werden und eine Arbeit schreiben. GymnasiastInnen seien kaum darunter. Die Verwaltung erwartet diesbezüglich eine Zunahme aufgrund der neuen Massnahmen. Weiter wird vorgerechnet, dass eine zusätzliche Lektion auf gymnasialer Stufe (inkl. FMS) Bruttomehrkosten von CHF 3.5 – 4 Mio. verursachen würde. Abstriche in den bestehenden Fächern können nur in Deutsch und Mathematik gemacht werden. Diese sind jedoch Fokusfächer und sollen auf keinen Fall reduziert werden. Seit der Umstellung auf ein vierjähriges Gymnasium besteht ein sogenannter Schulpool. Dieser umfasst 256 Semesterlektionen. Verteilt auf vier Jahre werden 12 Lektionen für die politische Bildung verwendet. Der Entscheid des Landrats vom 5. November 2015 habe einiges bewirkt. Unter Einbezug der Fachschaften wurde versucht, das bestmögliche unter den gegebenen Voraussetzungen herauszuholen. In diesem Zusammenhang fand eine zweitägige Weiterbildung unter der Leitung von Prof. Beatrice Ziegler vom Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik in Aarau statt.

Ein Mitglied interessiert, wann die individuellen Anpassungen in den Gymnasien vorgenommen wurden. Die Verwaltung antwortet, dass die Vermittlungsgefässe nach der letzten Vorstellung in der Kommission an die Fachschaften in Auftrag gegeben worden seien und sich aktuell in der Umsetzung befinden. So werden beispielsweise die dritten Klassen des Gymnasiums Laufental-Thierstein erstmals nach Bern ins Bundeshaus gehen. Auch die erste Woche Politbildung MAR 1 werde im nächsten Sommer erstmalig durchgeführt.

Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, wie GymnasiastInnen lernen zu debattieren. Zu debattieren sei Bestandteil des Sprachunterrichts, so die Verwaltung, und kann somit fachübergreifend geübt werden. Das Gymnasium Münchenstein bietet zudem schon seit Jahren einen Debattierkurs an.

Die Kommission zeigt sich erfreut über die in der Zwischenzeit erfolgten Bemühungen. Ein Mitglied fragt, ob Lehrpersonen, welche mit der Vermittlung des politischen Wissens beauftragt sind, eine entsprechende Zusatzausbildung erhalten. Die Verwaltung betont, dass es zu den Aufgaben der Lehrpersonen gehöre, die Inhalte des Lehrplans glaubhaft und gut zu vermitteln. Wenn in einem

Bereich ein Manko besteht, muss sich die Lehrperson entsprechend weiterbilden. Im Kontext der politischen Bildung besonders wichtig sei, sich politisch korrekt zu verhalten und keine Ideologien zu vermitteln. Den SchülerInnen soll beigebracht werden, argumentativ sauber an eine Sache heranzutreten und sämtliche Argumentationsfelder zu prüfen. Der Lehrplan sei jedoch kein stures Konzept. Es werde lediglich vorgegeben, was minimal nötig ist – alles Weitere wird den Lehrpersonen überlassen.

Einige Kommissionsmitglieder äussern Kritik in Bezug auf die fehlende Verbindlichkeit der politischen Bildung in Bezug auf die präsentierten Gefässe. Das Defizit in politischer Bildung und somit der Handlungsbedarf wurden erkannt. Es wurden neue Gefässe geschaffen, viele davon jedoch optional. Es besteht die Gefahr, dass diese optionalen Möglichkeiten hauptsächlich von den SchülerInnen genutzt werden, die sich sowieso schon für Politik interessieren. Die Verwaltung erwidert, dass das Angebot bzgl. politischer Bildung ein Mix zwischen freiwilligen Gefässen und obligatorischem Unterricht sei. So führen die Gymnasien Muttenz, Oberwil und demnächst auch Laufen gemeinsame Prüfungen durch. Die Prüfungen sind nicht freiwillig und die Resultate notenrelevant.

Auch in der Kommission wird der Ruf nach mehr Verbindlichkeit kritisiert. Die Jugendlichen müssen zwar abgeholt werden, sollen jedoch nicht dazu gezwungen werden, ein politisches Interesse zu entwickeln. Zu begrüssen wäre eher ein Freifach, wie es das Gymnasium Oberwil anbietet. Ein anderes Mitglied weist darauf hin, dass ein Freifach das grundsätzliche Problem der vielen politisch schwach Gebildeten jedoch nicht beheben würde. Die Verwaltung argumentiert, dass Interessen eher mit einer Fokuswoche und einem abschliessenden Meet and Greet mit dem Jugendrat oder der Behandlung aktueller Themen geweckt werden können, als mit einer tröpfchenweise Verteilung von Wissen über ein halbes Jahr hinweg. In diesem Zusammenhang wird jedoch auch auf die Grenzen hingewiesen: Zu oft kann der Regelunterricht nicht von solchen Blockwochen unterbrochen werden. Abschliessend wiederholt die Verwaltung, dass das verbindlichste Instrument die Anpassung der Lehrpläne sei, welche auf das Postulat zurückzuführen sei.

Was gegen die Einführung eines obligatorischen Faches Politik spreche, möchte die Kommission wissen. Die Verwaltung erklärt, dass es aktuell 13 maturitätsrelevante Noten gebe. Zusätzlich verweist sie auf den Beschluss der EDK, ein obligatorisches Fach Informatik mit ungefähr vier Jahreslektionen einzuführen. Die RektorInnen seien klar gegen eine weitere Aufspaltung des gymnasialen Curriculums. Gerade der interdisziplinäre Zugang biete Möglichkeiten, welche die Einführung eines Faches Politik nicht nötig machen. So haben Deutschlehrpersonen beispielsweise die Möglichkeit, in ihrem Fach einen Text zu sozialer Ungerechtigkeit lesen zu lassen und diesen im Anschluss zu diskutieren.

Die angekündigte Einführung des Faches Informatik lässt mehrere Kommissionsmitglieder befürchten, dass dies auf Kosten des Faches Geschichte erfolge. Sollte dies der Fall sein, wäre dies bedenklich, ist doch ein Grossteil der konkreten Umsetzung der Staatskunde im Geschichtsunterricht angesiedelt. In diesem Zusammenhang wird auch betont, wie wichtig es sei, dass zwei Lektionen Geschichte auf Sekundarstufe I erhalten werden konnten, da auch auf dieser Stufe viele Geschichtslehrpersonen ihre SchülerInnen in politischer Bildung unterrichteten. Die Verwaltung erklärt, dass noch nicht bekannt sei, wie die konkrete Umsetzung des Faches Informatik erfolgen werde, betont aber, dass der Lehrplan des Faches Geschichte zugunsten der politischen Bildung angepasst worden sei.

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Postulat 2017/326 als erfüllt abzuschreiben.

26.01.2018 / bw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident